

# Zusagen wurden nicht eingehalten

## Grünen-Fraktion kritisiert Kreisverwaltung

Nach dem Vorgehen der Kreisverwaltung beim Kahlschlag der Allee an der Angelbecker Straße sieht die Grünen-Kreistagsfraktion das Vertrauen in Zusagen nachhaltig gestört.

**Löningen (ws).** Mit heftiger Kritik und Vorwürfen reagiert die Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf die Antworten der Kreisverwaltung zu einer erneuten Nachfrage der Grünen zu dem von ihnen heftig verurteilten Kahlschlag der Reste der Baumallee an der Angelbecker Straße in Löningen.

Weder habe die Verwaltung, wie in der Kreis-Verkehrsausschuss-Sitzung vom März 2012 vom damaligen Landrat Hans Eveslage zugesagt, gemeinsam mit der Stadt Löningen ein Konzept zum Erhalt der Allee erstellt, noch sei dieses, wie ebenfalls zugesagt, im Ausschuss anschließend vorgestellt worden.

Grünen-Kreistagsmitglied Josef Dobelmann sei vor drei Jahren, so die Fraktion, mit Eveslages Antwort einverstanden gewesen. Er habe daher seinen Antrag zurückgezogen, den Charakter der Allee durch neue Bäume an Ort und Stelle der alten zu erhalten und ausdrücklich nur erkrankte Bäume zu fällen. In der Sitzung hatte auch Eveslage betont, dass es sich um eine städtebaulich und landschaftlich beeindruckende Allee handele.

Wenn man die jetzt vorliegende Antwort der Verwaltung auf die erneute Nachfrage lese, müsse man zu dem Schluss kommen, dass gar nicht beabsichtigt gewesen sei, die Allee zu erhalten, kritisiert Dobelmann im MT-Gespräch.

Denn darin heißt es: „Da Ersatzanpflanzungen an gleicher Stelle nur unter Anbringung von Schutzeinrichtungen erfolgen könnten und zudem Mehrkosten verursachten, wurde daher auch keine Änderung des in der Verkehrsausschusssitzung am 20.3.2012 vorgestellten Konzeptes vorgenommen“.

Es seien gesunde Bäume gefällt worden, nur um die Abstandsregelungen der Richtlinie „RPS 2009“ von 7,50 Metern vom Fahrbahnrand umzusetzen, obwohl hier die Möglichkeit zu einer Ausnahmeregelung gegeben sei, so der Grünen-Politiker.

Diese Vorgehensweise sei eine Missachtung des politischen Willens der Ausschuss-Mitglieder, schreibt Dr. Irmtraud Kannen in der Mitteilung der Fraktion. Das Vertrauen in Verwaltungs-Zusagen sei nachhaltig gestört. Die Grünen sehen sich in ihrer Kritik an der „Baumab-Mentalität“ von Straßenbauverwaltung und Kreis bestätigt. Auch die immer wieder genannten „Sicherheitsgründe und die Gefahrenabwehr“, seien keine Begründung für das weiter fortschreitende Ausräumen unserer Landschaft.